

Aarau, 31. März 2026

Medienmitteilung

Die FDP fordert ausgewogene Verkehrsentwicklung im Raum Baden

Die FDP Aargau hat im Rahmen der Anhörung zur Anpassung des Richtplans «Gesamtverkehrskonzept Raum Baden und Umgebung (GVK)» Stellung genommen. Die Partei unterstützt das Ziel einer langfristig abgestimmten Verkehrsplanung und fordert eine realistische und ausgewogene Entwicklung aller Verkehrsträger.

Die FDP anerkennt den Handlungsbedarf im Raum Baden und Umgebung grundsätzlich und unterstützt das übergeordnete Ziel eines verkehrsmittelübergreifenden Gesamtkonzepts. Gleichzeitig weist sie darauf hin, dass die prognostizierten Entwicklungen kritisch hinterfragt werden müssen. Bei einem erwarteten Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum von rund 30 Prozent erscheint ein Wachstum des öffentlichen Verkehrs von 40 Prozent wenig plausibel, zumal das Angebot bereits heute mit dichten Takten gut ausgebaut ist.

«Die Verkehrsplanung muss sich an realistischen Annahmen orientieren und alle Verkehrsträger berücksichtigen. Eine einseitige Entwicklung zulasten einzelner Verkehrsmittel bringt die Region nicht weiter», hält Norbert Stichert fest.

Strassenprojekte frühzeitig planen

Notwendige Strassenprojekte dürfen nicht erst in einer späteren Phase angegangen werden. Wenn auch der motorisierte Individualverkehr wächst, müssen Planungen für die Strasseninfrastruktur parallel zu anderen Massnahmen erfolgen.

Zudem betont die FDP, dass die Zentrumsentlastungen (ZEL) und die Umfahrung Siggenthal verkehrstechnisch zusammengehören und deshalb auf derselben Richtplanstufe festgesetzt werden sollten.

Mobilität muss funktionieren

Menschen wählen ihr Verkehrsmittel selbstständig und sie tun dies gestützt auf die Verkehrssituation. Eine funktionierende Verkehrspolitik hat deshalb alle Verkehrsträger zu berücksichtigen. Für Bevölkerung, Gewerbe und Unternehmen in der wirtschaftlich starken Region Baden sind zuverlässige Verkehrsverbindungen entscheidend. Massnahmen wie Parkplatzabbau, Tempo 30 auf verkehrsorientierten Strassen oder Fahrbahnhaltestellen für Busse sind daher kritisch zu prüfen.

Weiter sind die geplanten Massnahmen konsequent mit den Agglomerationsprogrammen des Bundes abzustimmen.

[→ Anhörungsantworten FDP Aargau](#)

Weitere Auskünfte:

Norbert Stichert, Grossrat, Vize-Parteipräsident, Tel. 079 261 19 24
Sabina Freiermuth, Grossrätin, Parteipräsidentin, Tel. 079 333 51 78